

SPD, CDU, B90/Die Grünen, FDP und ÖDP im Ortsbeirat Mainz-Laubenheim

Gemeinsamer Antrag zur Sitzung des Ortsbeirats Laubenheim am 26.04.2024

Einhaltung des bestehenden Nachtflugverbots sowie strikte Einbeziehung der beiden „Ausnahmestunden“ 22:00-23:00 Uhr und 5:00 bis 6:00 Uhr in das Nachtflugverbot zum Schutz der Bevölkerung vor gesundheitsgefährdendem Fluglärm.

Der Ortsbeirat Mz-Laubenheim bittet die Verwaltung zu berichten, ob und wenn ja, in welcher Weise, sie der stark angestiegenen Verletzung des bestehenden Nachtflugverbots, sowie der ebenfalls angestiegenen Flugbetriebsnutzung der beiden „Ausnahmestunden“ begegnen will.

Der Bericht soll auch eine verwaltungsrechtliche Betrachtung enthalten, auf welcher Handlungsebene die günstigste bzw. effektivste Schutzwirkung vor gesundheitsgefährdendem Fluglärm erzielt werden kann (Gesetzesänderung d. Luftverkehrsgesetzes, des Fluglärmggesetzes; Landes-Immissionsschutzgesetzes; Erweiterung d. 16. Bundes-Immissionsschutzverordnung; Nachträgliche Änderung des Planfeststellungsbeschlusses für den Betrieb des Fraport usw.)

Begründung:

Seit Dezember 2007 gilt für den Verkehrsflughafen Frankfurt aus Lärmschutzgründen ein bedingtes Nachtflugverbot, das von vorne herein nicht die sogenannte „Gesetzliche Nacht“ von 22-6 Uhr umfasste, sondern durch zahlreiche Ausnahmeregelungen stark aufgeweicht daherkam.

Zwei wesentliche Erkenntnisse bzw. Tatbestände legen inzwischen nahe, dass diese 17 Jahre alte Regelung nicht nur aus Gründen des vorsorgenden sondern sogar des akuten Gesundheitsschutzes nicht mehr zeitgemäß ist. Zum einen weist der Jahresbericht des Deutschen Fluglärmdienstes für das Jahr 2023 mit 1.400 Flugbewegungen innerhalb der „Kernnacht“ also nach 23:00 Uhr den höchsten bisher dokumentierten Wert seit Beginn der Aufzeichnungen 2012 aus. Zum anderen hat die Fluglärmmmission am 6.12.2023 das Folgegutachten der NORAH-Studie (Noise-Related Annoyance, Cognition, and Health) von 2015 vorgestellt, mit der außerordentlich dringenden Empfehlung, dass „zwingende Auslöseschwellen“ zur Vermeidung von Gesundheitsschäden durch Fluglärm bereits bei der Hälfte der aktuell geltenden Schalldruckwerte anzusetzen sind.

Aus Sicht des Ortsbeirats besteht deshalb auf allen Verwaltungsebenen dringender Handlungsbedarf.

Für die SPD	Für die CDU	Für B90/Grüne	Für die FDP	Für die ÖDP
Wolfgang Stampf	Norbert Riffel	Gabriele Müller	Dr. Christian Hecht	Ulrich Frings